

# Imperiale und nationale Logiken des Kaiserreichs

## Migrationsregulierung und Ansiedlungspolitik<sup>1</sup>

Theresa Wobbe

*Beitrag zur Veranstaltung der Ad-Hoc-Gruppe »Das deutsche Kaiserreich als ‚polarisierte Welt‘? Historisch-Soziologische Zugänge«*

### 1. Einleitung

Nationalstaaten galten lange als die Nachfolger von Imperien, die sie ablösten und überflüssig machten. Die jüngere Forschung argumentiert demgegenüber, weder seien Imperien „vormoderne“ Phänomene noch seien Nationalstaaten ihre „natürlichen“ Nachfolger (Calhoun et al. 2006; Cooper 2012, S. 255–336; Kumar 2010). Mit diesem Perspektivenwechsel ist auch die frühere, auf Metropolen zentrierte Sicht einem Blick auf die Reziprozität von Peripherie und Metropole gewichen (Cooper und Stoler 1997; vgl. Steinmetz 2014b). Im Zuge dessen ist eine historische Soziologie des Empires entstanden, die ihre Genealogie rekonstruiert und die Geschichte sowie sozialen Formen von Empire und Kolonie untersucht (vgl. Steinmetz 2014a, 2014b). Imperien lassen sich als expansive, militarisierte und multiethnische politische Herrschaftsformen fassen, die oftmals über weite raum-zeitliche Distanzen ohne Kenntnisse vor Ort herrschen und einen Modus politischer Kontrolle fremder Territorien bilden. Im Unterschied dazu können Nationalstaaten über die politische Herrschaft innerhalb eines bestimmten Territoriums in Verbindung mit einem Staatsvolk charakterisiert werden.

Wenngleich Imperien und Nationalstaaten analytisch als unterschiedliche Formen politischer Herrschaft auseinanderzuhalten sind, können sie empirisch nebeneinander bestehen und interrelational aufeinander bezogen sein. Abhängig von den historisch-spezifischen Konstellationen lassen sie sich durchaus als zwei alternative politische Projekte betrachten. Krishan Kumar zufolge ist hierfür „Germany’s dilemma“ im späten 19. Jahrhundert beispielhaft, „whether to remain and consolidate its strength as basically a continental European nation-state, or to rival Britain and France in the acquisition of a world-wide empire“ (Kumar 2010, S. 120).

Vor diesem Hintergrund behandelt der weitere Beitrag imperiale und nationale Logiken bzw. Prinzipien der Politik des deutschen Kaiserreichs. Die Ausgangsfrage ist, wie sich in den östlichen Provinzen des Reichs diese Prinzipien in der Politik manifestierten, und durch welche spezifischen Instrumente sie umgesetzt wurden. Die empirische Analyse betrifft zwei politische Handlungsfelder, die bislang in der Forschung kaum zueinander in Beziehung gesetzt wurden (vgl. aber Lerp 2016), nämlich die Regulierung

---

<sup>1</sup> Der Beitrag beruht auf dem von der DFG geförderten Projekt „Der globale Wandel der Kategorie ‚Zwangsarbeit‘“ (Freie Universität Berlin/Universität Potsdam).

transnationalen Migration und die Ansiedlung (*innere Kolonisation*) von Bauern und Bäuerinnen aus den westlichen Provinzen in den östlichen Territorien.

Im Weiteren argumentiere ich aus einer wissenssoziologischen Perspektive, dass durch diese Politiken ein Wissen über verschiedene Teile der Bevölkerung, über Raum und Arbeit hervorgebracht wurde. Der Beitrag soll die historische und politische Soziologie sowie die Globalisierungsforschung dazu anregen, institutionelle Arrangements, Problemfelder und Wissensordnungen zu berücksichtigen, die für die Herausbildung sozialwissenschaftlicher Begriffe (vgl. Somers 1999) im Kontext von westlicher Moderne und Globalisierung relevant waren.

Im Folgenden wird an Studien angeschlossen, die das Kaiserreich in den globalen Horizont imperialer, kolonialer und nationaler Verflechtungen einbetten. Statt von endogenen Entwicklungen Europas auszugehen, verorten sie die Genese der westlichen Moderne aus verschiedenen Kräftefeldern und Interdependenzverhältnissen. Sie verfolgen eine Heuristik der Genealogie der Moderne, die sie von den konstitutiven Wechselbeziehungen, Transfers und Rückkoppelungseffekten zwischen Kolonie und Metropole her bestimmt sehen (vgl. für viele Conrad 2006, 2014; Rapior 2019; Steinmetz 2007; Zimmermann 2010).

Die Spannung imperialer und nationaler Prinzipien diskutiere ich zunächst an der preußischen Expansionspolitik in den östlichen Territorien (2.). Anschließend wird die Einbindung des Kaiserreichs in globale Dynamiken skizziert (3.). Im nächsten Schritt wird aufgezeigt, wie imperiale und nationale Prinzipien in der Migrations- und Ansiedlungspolitik des Kaiserreichs (1885–1914) wirksam wurden (4.). Der Beitrag schließt mit der Ergebnisdiskussion und einem Ausblick (5.).

## 2. Nationale und imperiale Logiken – Die Expansionspolitik des Kaiserreichs

Als spezifische Merkmale des Kaiserreichs gelten, dass es zu den wenigen Kolonialmächten des 19. Jahrhunderts gehörte, die ebenso eine überseeische Expansionspolitik wie auch eine Expansion in kontinentalen Territorien betrieben (Eley 2014). Untersuchungen der Analogien, Parallelen und Differenzen der überseeischen und europäischen Expansionspolitik haben auch eine neue Sicht auf ihre Vorgehensweise in Ost- und Ostmitteleuropa ermöglicht (Kröger 2021; Conrad 2006, S. 124–167; Conrad 2014; Lerp 2016, 2021).

Um die Zentrierung auf die deutsche Nationalgeschichte aufzubrechen, stellt vor allem die transnationale und koloniale Geschichtsforschung die preußisch-deutsche Expansion in den Kontext einer imperialen Politik (Conrad 2006, 2014). So argumentiert Philip Ther (2006, S. 130), dass sich Preußen bereits seit den drei polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert als kontinentales Empire herausbildete und die Herrschaft über die östlichen Gebiete seit den 1860er Jahren, dann seit der Reichsgründung 1871 koloniale Züge annahm. Jörn Leonhard und Ulrike von Hirschhausen (2011, S. 12) schlagen dagegen vor, imperiale Tendenzen erst seit der Besetzung der überseeischen Kolonialgebiete ab 1884 festzumachen. Diese Debatte bleibt weiterhin vielstimmig.

Die von Dörte Lerp in ihrer historischen Studie *Imperiale Grenzräume* (2016) bevorzugte Heuristik ist hier für die Fragestellung weiterführend, da sie weniger das Imperium als die imperiale Formation fokussiert. Sie untersucht die Grenzziehungen in den östlichen Provinzen Preußens.<sup>2</sup> Grenzräume charakterisiert sie dahingehend, dass sie im Verhältnis zum Reich durch den besonderen Status der Peripherie,

<sup>2</sup> Insgesamt setzt Lerp in ihrer Untersuchung die östlichen Provinzen Preußens und Deutsch-Südwestafrikas zueinander in Beziehung, ohne eine Kausalbeziehung zwischen beiden Untersuchungseinheiten zu unterstellen. Dieser interessante Zugriff kann in diesem Beitrag nicht berücksichtigt werden.

der geographischen und politisch-staatlichen Reichweite, sowie der Differenzen zwischen heterogenen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden (Lerp 2016, S. 13)

Anschließend an Ann Laura Stoler und Carole McGranahan (2007) untersucht Lerp die kontingente Herausbildung von Expansionspolitiken und Herrschaftspraktiken, nämlich dort, wo sich diese „in flexiblen Grenzziehungen, in heterogenen Bevölkerungsstrukturen, mangelnder Legitimation von unten, ungleichen Rechtsverhältnissen und kulturmissionarischen Projekten niederschlagen“ (Lerp 2016, S. 12; 2010, 2021). Fokussiert werden somit die aktive Herstellung und sozialen Techniken in der Formation von Imperien (Stoler und McGranahan 2007, S. 8).

Die territoriale Expansion Preußens, die Unterwerfung „fremder“ Länder und Bevölkerungen wurde in den drei polnischen Teilungen offenbar. Dies geschah, als zwischen 1772–1795 das polnische Staatsgebiet „von außen erst zerstückelt“ und dann „von Rußland, Preußen und Österreich gewaltsam beseitigt“ (Broszat 1972, S. 43) wurde. Mit der letzten Teilung besetzte Preußen den westlichen Teil Polens, während sich Russland zwei Wochen später „die gesamte polnische Ukraine einverleibte“ (Broszat 1972, S. 60). Mit der dritten Teilung vereinbarten die Teilungsmächte das Ende des polnischen Staatwesens. Das preußische Staatsterritorium, das ins heutige Weißrussland reichte und Städte wie Warschau und Białystok einschloss, wurde verdoppelt. Die Bevölkerung vergrößerte sich damit von fünf auf acht Millionen (Lerp 2016, S. 24).

Als neue internationale Legitimationsinstanz fixierte der Wiener Kongress 1815 die Auslöschung des polnischen Staatsgebiets (Davies 2005, S. 3). Nach Jane Burbank und Frederick Cooper (2010, S. 333) stellte dieser Akt statt einer Restauration „a typically imperial redrawing of the European map“ dar. Die spannungsreiche Relation zwischen imperialen und nationalen Prinzipien lässt sich erst seit der Gründung des Kaiserreichs als Nationalstaat (1871) und seit dem zügigen Aufbau des Kolonialreichs (ab 1884) erkennen. Sie kommt in den östlichen Territorien, insbesondere in Ostpreußen, Schlesien, Posen und Westpreußen zum Tragen, in denen ein signifikanter Teil der Einwohner und Einwohnerinnen polnischer Herkunft war (vgl. Blanke 1981 zur Geschichte der deutschen Polenpolitik).

Die kulturell und sprachlich heterogene Bevölkerung ließ sich am Leitbild eines national begrenzten Territoriums und einer homogenen Bevölkerung kaum ordnen. Ein Teil der Einwohner und Einwohnerinnen polnischer Herkunft (sog. Inlandspolen) besaß die preußisch-deutsche Staatsangehörigkeit, auf deren Basis sie ihre rechtliche Gleichbehandlung einfordern konnte. Die transnationalen Arbeitskräfte, die aufgrund der polnischen Teilungen eine russische oder österreichische Staatsangehörigkeit hatten, die sog. Auslandspolen, verfügten über diese Rechte nicht. Daher waren sie restriktiveren Politiken mit Implikationen für Zugehörigkeit und Freizügigkeit ausgesetzt (vgl. Reinecke 2010, 2016).

Im Folgenden spreche ich von Inlandspolen, um die weibliche und männliche Bevölkerung polnischer Herkunft mit preußisch-deutscher Staatsangehörigkeit von Auslandspolen zu unterscheiden, d.h. Personen polnischer Herkunft mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit. Mir ist bewusst, dass diese Begriffe gleichermaßen simplifizierend und diskriminierend sind. Doch lassen sich daran Wahrnehmungsschemata im Kaiserreich markieren, die ab 1871 verstärkt wurden. Ausländerinnen im deutschen Reich zu sein, bedeutete „nicht mehr nur einem anderen Staat, sondern einem nichtdeutschen (National-)Staat anzugehören“ (Gosewinkel 2001, S. 218), nämlich *außerdeutsche* Staatsangehörige zu sein.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches als Nationalstaat veränderte sich auch die Lage für sog. Inlandspolinnen und -polen: „aus preußischen Staatssubjekten ‚polnischer Zunge‘“ wurden „Angehörige einer nationalen Minderheit“ (Broszat 1972 S. 128), die diskriminierend behandelt wurde. Sog. Auslandspolen, die z.T. seit langem ohne Naturalisierung auf preußischem Gebiet lebten, wurden zu „unerwünschten Personen“. Gleichwohl waren die Rübenzüchter und Rüben verarbeitenden Fabriken auf diese als Arbeitskräfte angewiesen. Als Saisonarbeiterinnen und -arbeiter lebten sie in einer „gesetzesfreien Regelungsstruktur“ (Dohse 1981, S. 80). Wie viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten weltweit wurden

sie zu einer „abgesonderten Unterschicht“ (Hoerder 2012) des Arbeitsmarkts, die im untersten Segment die Massenerarbeit ausführten (Herbert 1986, S. 19).

### 3. Globale Wirtschaft, transnationale Migration, geschlechtliche und soziale Differenzierung von Arbeitsmärkten

Die Migrationsregulierung und die Ansiedlungspolitik standen im Kontext von transnationaler Arbeitsmigration, Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräftebedarf im landwirtschaftlichen Sektor vor dem Hintergrund der Einbettung des Kaiserreichs in die globale Wirtschaft. Deutschland war spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts in globale ökonomische Prozesse eingebunden, deren Vernetzungsgrad seit den 1880er Jahren bis 1914 zunahm (Conrad 2006, S. 32–50). Neben der Expansion lässt sich diese Verdichtung vor allem auf die Integration in globale Produktions-, Absatz- und Arbeitsmärkte zurückführen. Der Anteil des Außenhandels stieg z.B. bis 1914 auf 34% des Volkseinkommens an, ein Wert, der in den 1960er Jahren wieder erreicht wurde. Deutschland war vor 1914 zudem der größte Produzent und Anbieter von Zuckerrüben auf dem Weltmarkt, mithin in einem Sektor der landwirtschaftlichen Industrialisierung in den östlichen Provinzen. Der Aufstieg zu einer der dynamischsten Exportmächte (vgl. Petersson 2004) fand in einem globalen Feld statt, in dem sich die Kluft zwischen wenigen industriellen und anderen Ländern vergrößerte. In den Industrieländern nahm der Arbeitskräftebedarf zu, während die aufgrund von Vertreibung und Enteignung landlose Bevölkerung in den Agrarregionen Europas und Asiens wuchs und in Erwartung besserer Lebensbedingungen in die Industriezentren migrierte, wo sie zur separierten Unterschicht in der Arbeitswelt wurde.

Deutschland war an diese Migrationssysteme direkt angeschlossen und Migration war im Alltag erfahrbar (vgl. Hoerder 2012, S. 435, 439–440, 446–449). In der letzten transatlantischen Auswanderungswelle zwischen 1880 und 1893 – die als Export der „sozialen Frage“ fungierte – verließen 1,8 Millionen Menschen das Land; darunter bereits ein Drittel der Bevölkerung aus den östlichen Landesteilen. Ab 1880 setzte außerdem die verstärkte Binnenabwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus den östlichen Provinzen in die westlichen Industriezentren ein (Bade 1984). Die Abwanderung der Landbewohnerinnen und -bewohner, die eine „Existenz am Rande des baren Minimums“ (Wehler 2008, S. 545) führten, intensivierten den Arbeitskraftmangel. Er wurde umso mehr spürbar, als mit der Industrialisierung des Agrarsektors die Saisonalisierung der ländlichen Arbeit einsetzte.

Der Rübenanbau intensivierte die Arbeitsabläufe mit der Konzentration auf acht Monate des Jahres, in denen lange Arbeitszeiten und hoher Akkord mit relativ hohen Löhnen verbunden waren (Herbert 1986; Nichtweiss 1959; Roller 1994; Zimmermann 2010). Im Winter wurden nur noch wenige Arbeitskräfte benötigt. Hiermit begann eine soziale *Differenzierung* des Arbeitskräftebedarfs zwischen den ständigen Arbeitskräften auf dem Gut, und den nichtständigen, zugewanderten Arbeitskräften, die als unterstes Segment die saisonale Massenerarbeit ausführten (Herbert 1986, S. 19), sodass sich die Lohnkosten senkten, während – i.U. zu den Industriezentren des Westens – Sozialleistungen nicht anfielen. Zugleich wurde die *geschlechtliche Differenzierung* des Arbeitskräftebedarfs verstärkt. Betrug dieser in der herkömmlichen Dreifelderwirtschaft jährlich 773 Männer- und 139 Frauentage, lag er im Rübenanbau umgekehrt bei 774 Männer- und 2.405 Frauentagen (Nichtweiss 1959, S. 32; Roller 1994, S. 29; Zimmermann 2010). Der Wechsel zur intensivierten Anbaumethode des exportorientierten Rübenbaus umfasste mühsame Pflege- und Erntearbeit. Wie Kathrin Roller (ebd., S. 29) unterstreicht, galt „diese gleichförmige und im wahrsten Sinne des Wortes ‚niedere‘ Arbeit“ als Frauenarbeit.

Aus Sicht der Behörden herrschten in den imperialen Grenzräumen des Reichs „besondere Arbeitsmarktverhältnisse“ (Lerp 2016, S. 70), die in den willkürlichen Praktiken der Gutsbesitzer und der lokalen

Behörden offenbar wurden (Dohse 1981, S. 80). Angesichts der Verknappung „deutscher“ landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, avancierte die „Landarbeitsfrage“ zunehmend von einem privat- zu einem volkswirtschaftlichen Problem, das die wirtschaftliche Position des Reichs in der Welt gefährdete (Herbert 1986, S. 21–22; Lerp 2016, S. 71).

In dieser Zeit fand der Übergang von einer Politik der strikten Assimilierung zur Politik der Beseitigung der sprachlichen, schulischen und kulturellen Heterogenität der polnischen Bevölkerung im „Kulturkampf“ gegen den polnischen Klerus und Adel statt (Blanke 1981). Zugleich wurde der „Rückgang des Deutschtums“ in den östlichen Territorien kausal als eine direkte Folge der transnationalen Wanderung aus russisch und österreichisch besetzten Gebieten Polens diskutiert. Zum Einfluss dieser sog. Verdrängungsthese in wissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen Kreisen trug Max Weber (1995) entscheidend bei, als er postulierte, diese These wissenschaftlich zu beweisen. Hierbei verwendete er Deutungsschemata der Einstufung der polnischen Bevölkerung in biologisch bedingte Rassen, die er mit deren vermeintlich unterschiedlicher Befähigung zur Kulturschaffung verband. Um 1880 bildeten diese kulturellen Schemata „ein Grundelement des kollektiven Imaginären in den Gesellschaften des Westens“ (Osterhammel 2009, S. 1214). Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestand die Tendenz, rassistische Kriterien und Konzepte mit staatlicher Politik zu verbinden, um die gedachte Hierarchie auch (staats-)politisch zu verwirklichen.

## 4. Regulierung der Migration und Ansiedlungspolitik (1885–1914)

In diesem breiteren, durchaus widersprüchlichen Referenzsystem, wurde ab 1885 bis 1914 die Politik der Migrationsregulierung und der Ansiedlung (*innere Kolonisation*) ausgestaltet. Aus wissenschaftlicher Perspektive erzeugten diese insofern soziale Techniken, als sie Instrumentarien bereitstellen, die einerseits eine praktische Vorgehensweise zur Beseitigung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftemangels versprachen, andererseits ein konkretes Procedere zur ethnopolitischen Umkehrung des Verhältnisses von polnischer und deutscher Einwohnerschaft anboten. Diese sozialen Techniken sind ohne das Wissen, auf dem sie beruhen und durch welches sie hergestellt werden, nicht zu verstehen. Ihr *timing* verlief ähnlich: Beide Politiken wurden nach dem Beginn der überseeischen Kolonialpolitik und kurz nach Abschluss der Berliner Afrikakonferenz umgesetzt (vgl. Eley 2014, S. 34).

### Die Regulierung der Migration

Die preußische Politik zur Regulierung der Migration (Reinecke 2016, S. 360) begann 1885 mit der Massenausweisung von etwa 32.000 in den Provinzen lebenden Polen und Polinnen aus Österreich-Ungarn und Russland, darunter Juden und Jüdinnen, die mit dem Einreiseverbot belegt wurden (Broszat 1972; Lerp 2016, S. 60; Neubach 1967; Roller, S. 38–48). Diese Maßnahme betraf die sog. Auslandspolinnen und -polen, die die preußische Staatsangehörigkeit nicht besaßen.

Der Zuwanderungsstopp wurde 1893 auf erfolgreichen Druck der Gutsbesitzer beendet. Hiermit begann die Politik der Migrationsregulierung, mit der die dauerhafte Einwanderung von Saisonarbeitskräften verhindert werden sollte (Reinecke 2016). Das Ziel der Nichtdauerhaftigkeit wurde zunächst mit Hilfe des Instrumentariums der „Zwangsrotation“ (Herbert 1986, S. 27), der sog. Karenzzeitregelung, angegangen. Danach galt die Aufenthaltserlaubnis in den östlichen Provinzen nur für Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe, und zwar ausschließlich für unverheiratete Personen, zeitlich begrenzt vom 1. April bis zum 1. November eines Jahres. Aus bevölkerungspolitischen Erwägungen sollten Arbeitskräfte ausschließlich während der Saison in den preußischen Territorien anwesend sein, für die der

familiäre Mit- bzw. Nachzug ausgeschlossen wurde. Jüdinnen und Juden, die als „nicht nützliche“ (Lerp 2016, S. 79) Arbeitskräfte eingestuft wurden, war der Aufenthalt insgesamt verboten.

Die preußische Regierung sicherte die Politik des begrenzten Aufenthalts durch den 1907 eingeführten „Inlandslegitimierungszwang“ ab, womit ein *Procedere* zur Rekrutierung und Einreise der Arbeitskräfte sowie deren Überwachung während ihres Aufenthalts geschaffen wurde. Diese Maßnahme erfolgte in Zusammenarbeit mit der Deutschen Feldarbeiter-Centrale (ab jetzt: Centrale), einen privaten Verein, der allerdings von der preußischen Regierung finanziell unterstützt und für deren politische Projekte mobilisiert werden konnte, so dass der Centrale ein quasi offizieller Status zukam (vgl. Nichtweiss 1959). Sie betrieb Grenzstationen, an denen ausländische Arbeitskräfte angeworben, registriert und gegen Gebühr mit einer Legitimationskarte ausgestattet werden konnten. Außerdem galten die Karten als jährlich gültige Ausweisdokumente und als Arbeitserlaubnis. Ihre unterschiedlichen Farben markierten die nationale Zugehörigkeit der Inhaberinnen und Inhaber, die sie schnell erkennbar und im Unterschied zueinander sichtbar machte. Als Techniken der Sichtbarmachung und diskriminierender Praktiken spannten sie zugleich ein lokales und überlokales Handlungsfeld der Kontrolle auf: So wies die Legitimationskarte den Arbeitgeber aus, der im laufenden Jahr nicht verlassen werden durfte, wodurch die Freizügigkeit eingeschränkt wurde. Die willkürliche Definition des Abbruchs eines Arbeitsvertrags (Kontraktbruch) von Seiten der Arbeitskräfte wurde in Zusammenarbeit zwischen Gutsbesitzern und der örtlichen Polizei bestraft und konnte die Ausweisung zur Folge haben. Mit dem Berliner Zentralregister, das von örtlichen Behörden genutzt werden konnte und alle jährlich legitimierten Arbeitskräfte erfasste, wurde erstmals ein zentrales Erfassungsinstrument geschaffen.

## Ansiedlungspolitik

Erst durch die Verbindung des Siedlungsdiskurses mit der „Polenfrage“ rückte das Konzept der Ansiedlung, das im 19. Jahrhundert international weit verbreitet war (vgl. Lerp 2021; Nelson 2009), auf die Agenda preußischer Politik (Lerp 2016, S. 156). Es sollte nun „etwas Durchgreifendes zur Germanisierung Posens“ (Lerp 2016, S. 157) geschehen.<sup>3</sup> Das 1886 verabschiedete Ansiedlungsgesetz<sup>4</sup>, das auf die demographische und ethnische Umverteilung der deutschen und polnischen Bevölkerung zielte, bildete hierbei die rechtspolitische Voraussetzung zur Ansiedlung von westlichen Bauern und Bäuerinnen in den östlichen Regionen. Die zu diesem Zweck geschaffene Ansiedlungskommission sollte mit einem Fonds von 100 Millionen Mark ausgestattet zur „Stärkung des deutschen Elements“ in den Provinzen beitragen. Konkret waren die Mittel für den Aufkauf von Grundbesitz in polnischem Eigentum bestimmt, um das Land zu parzellieren und es in Erwartung „deutscher“ Bauern aus dem Westen mit diesen zu besetzen (Lerp 2013).

Bis 1914 war diese Politik nicht mit Erfolg gekrönt. Wie der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Scott Eddie (2008, 2009) in seinen Berechnungen zeigt, gelang es kaum polnischen Besitz aufzukaufen. Das lag v.a. an dem erfolgreichen Widerstand der polnischen Bevölkerung mit ihrem Aufbau eigener Kreditanstalten.<sup>5</sup> Für die von der Ansiedlungskommission veranstalteten Besichtigungen, die das „geeignete Siedlermaterial“ (Lerp 2016, S. 184) selektieren sollten, genügte das „Deutsch-sein“ als Sprache

<sup>3</sup> Als Bismarck Ende 1885 seinen Berater Christoph von Tiedemann, Regierungspräsident von Bromberg, damit beauftragte, eine dauerhafte Lösung für die Krise im Osten zu formulieren (Nelson 2021, S. 51), sollte sich die daraus hervorgehende Denkschrift als Auslöser für die weitere Politik erweisen.

<sup>4</sup> Gesetz betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen West-Preussen und Posen, vom 26. April 1886. *Archiv für Innere Kolonisation* 1:300–302 (1909).

<sup>5</sup> Wie die rezente postkoloniale Forschung zu den östlichen Provinzen zeigt, war die bislang kaum erforschte Reziprozität deutscher und polnischer Zuschreibungen des „Ostens“ ausgesprochen wirkungsvoll. Auf dieses komplexe Verhältnis im Ansiedlungsdorf (Stienen 2021) und auf die Bedeutung der wechselseitigen Agitation in den Ostprovinzen (Turkowska 2021) kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

oder nationale Zuordnung allerdings nicht. Das Konzept der *inneren Kolonisation* ging von Siedlerinnen und Siedlern als anspruchslosen Personen aus, „die dennoch ein wirtschaftliches Fortkommen anstreben und dazu auch in der Lage waren“ (Lerp 2016, S. 184). Dabei wurde eine Verknüpfung von Deutschtum und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit als zivilisatorische Überlegenheit unterstellt. Die Siedlungspolitik setzte auf eine effiziente Bodennutzung als Merkmal von Fortschrittlichkeit. Erwartet wurde ein spezifisches Verhaltensprogramm der Kulturträgerschaft (*Kulturmission*), das die vermeintliche Überlegenheit einer rationalen Bewirtschaftung unter Beweis stellte. Dabei zielte die Ansiedlungskommission auf die Anwerbung von Familien, da Verwandtschaft, Frauen und Kinder als entscheidende Voraussetzung für die Umsetzbarkeit der bevölkerungspolitischen Motive galten. So wurde der quantitative Erfolg der Siedlungspolitik nicht über Individuen, sondern Familien in Zahlen gemessen (Lerp 2016, S. 191).

Die mit dem Siedlungsprogramm verbundenen Verhaltenserwartungen galten auch für die Führung eines „ordentlichen Haushalts“ (Lerp 2016, S. 191). Einerseits sollten bevölkerungspolitische Ziele der demographischen Umverteilung entlang ethnischer und geschlechtlicher Kriterien, andererseits klassenbezogene Ziele erreicht werden. Wie der Siedlungsexperte des Vereins für Socialpolitik, Max Sering, 1883 in seiner Studie über *innere Kolonisation* unterstrich, hatten die Siedlerinnen im unteren Segment des Mittelstandes die Abgrenzung zur Arbeiterklasse zu gewährleisten (vgl. Sering 1883; Jones 2004, 2009; Lerp 2010, 2013, 2021). Um diese Statusgrenze zu sichern, galt es, eine „Proletarisierung des Haushalts“ zu verhindern. Die Arbeit von Frauen wurde somit durch die Politik der *inneren Kolonisation* in umfassendere soziale Projekte der Haushaltsführung, Bevölkerungspolitik und Statuserhaltung der Mittelschicht eingebunden.

Da die Ziele der *inneren Kolonisation* nicht erreicht wurden, griff die Regierung zu weiteren rechtlichen Instrumentarien. Das 1904 erlassene Gesetz zur Niederlassungsbeschränkung beschnitt die Siedlungsanträge von Polinnen und Polen. Das 1907 verabschiedete Enteignungsgesetz legalisierte erstmals die staatliche Enteignung von Privateigentum von polnischen Einwohnern und Einwohnerinnen mit preußischer Staatsangehörigkeit.

## 5. Ergebnisdiskussion und Ausblick

Wie die Ergebnisse nahelegen, waren die Migrationsregulierung und die Ansiedlungspolitik weder ausschließlich nationalstaatlich eingebettet noch entsprachen sie dem heutigen soziologischen Verständnis von Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmärkten und Citizenship. Der analytische Bezug auf die Spannung imperialer und nationaler Logiken in den Grenzräumen des Reichs öffnet demnach den Blick auf weitgehend unbeschriebene Dimensionen in der formativen Phase des Wohlfahrtsstaats im Kaiserreich. Sichtbar wird die soziale und geschlechtliche Differenzierung des Arbeitskräftebedarfs im landwirtschaftlichen Sektor, eine Handlungsproblematik, auf die mit der Migrationsregulierung und Ansiedlung geantwortet wurde. Für saisonale Arbeiterinnen und Arbeiter ohne preußische Staatsbürgerschaft fungierte der territoriale Inlandstatus (Gosewinkel 2001, S. 218) als ein Regulativ, das für sie den Zugang zu Sozialrechten ausschloss. In der Politik der Nichtdauerhaftigkeit von Personen, die als Arbeitskräfte benötigt wurden, doch als Rechtsinhaber unerwünscht waren, kommen nationale Prinzipien einschließlich bevölkerungspolitischer Motive zum Tragen.

Die bevölkerungs- und ethnopolitischen Zielsetzungen wurden in der Ansiedlungspolitik unter dem Gesichtspunkt imperialer Prinzipien der Grenzziehung praktisch angegangen, wie die sozialen Techniken der Familien- und Personenauswahl zeigen. Hierbei sollte die Arbeit von Frauen zum Bestandteil sozialer Projekte der Haushaltsführung, Bevölkerungspolitik und Statusbewahrung der Mittelschicht

werden. Die Motive beider, aufeinander bezogener Politiken wurden über ethnische und rassistische Kriterien der kulturellen Überlegenheit als Kulturmission (vgl. Osterhammel 2006) geleitet.

Wie bereits erwähnt, war der Ansiedlungspolitik bis 1914 kein Erfolg beschieden (vgl. Eddie 2008, 2009). Dieser Befund verweist zum einen auf die Grenzen sozialer Techniken der statistischen Vermessung der östlichen Territorien. So beleuchtet Philipp Kröger (2021) detailliert, dass es der preußischen und deutschen Bevölkerungsstatistik des Kaiserreichs nicht gelang, Konzepte von Rasse und kolonialen Imaginationen des Raums zu operationalisieren und in (wirksames) Verwaltungshandeln umzusetzen. Anders als die koloniale Statistik in Deutsch-Südwestafrika, der entlang der „colour line“ die Unterscheidung schwarz vs. weiß zugrunde lag, verfügten die Statistiker des Kaiserreichs nicht über vergleichbar „sichere“ Differenzkriterien (vgl. Renard 2021, 2024).

Die Grenzen beider Politiken verweisen zum anderen darauf, dass in der Vorkriegszeit die politischen Optionen fehlten, um die Klassifikationsproblematik durch andere Herrschaftspraktiken zu überbrücken. Erst unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs fand die gewaltsame Entgrenzung politischer Denkmuster und Praktiken statt. Die diskriminierenden Zugriffe auf Arbeitskräfte ohne deutsche Staatsangehörigkeit erlangten eine neue Qualität, wie Ulrich Herbert (1986) anhand der Umkehrung des vormaligen Rückkehrzwangs in ein Rückkehrverbot nach 1914 darlegt.

Die Arbeitskräftepolitik nahm während des Ersten Weltkriegs in den besetzten Territorien Polens und Litauens neue Formen an. Im militärisch verwalteten Gebiet Ober-Ost fand Ende 1916 zudem eine Radikalisierung statt, als zwangsverpflichtete Arbeitskräfte weit ab von ihren Herkunftszusammenhängen zur Errichtung der Infrastruktur und zur Ausbeutung des Landes unter extrem harschen Bedingungen eingesetzt (Westerhoff 2011). Wie die kurze, doch folgenreiche Zeit der deutschen Besatzung offenbart, fanden unter den gewaltsamen Bedingungen des Kriegs historisch weitreichende Zäsuren statt (Liulevicius 2002, 2006; Lerp 2016). Nach dem März 1918 schien für einen Moment „ein riesiges deutsches Ostimperium“ (Conrad und Osterhammel 2004, S. 20) in greifbarer Nähe.

Die in diesem Beitrag beleuchteten imperialen und nationalen Logiken stellen keineswegs ein randständiges Phänomen dar. Tatsächlich weisen Herberts Befunde (1986) darauf hin, dass sich die Migrationsregulierung im späten Kaiserreich als *take off* der Beschäftigungspolitik ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland ansehen lässt. Sie hat im gesamten 20. Jahrhundert bis zur heutigen Einwanderungspolitik ihre Spuren hinterlassen.

Der heuristische Gewinn der wissenssoziologischen Perspektive ist darin zu sehen, in ersten Ansätzen die Arbeitskräfte- und Ansiedlungspolitik im Hinblick auf ihre imperialen und nationalen Logiken während des Kaiserreichs zu rekonstruieren. In der Koppelung imperialer und nationaler Logiken wurden durch die Migrationsregulierung neue soziale Techniken der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zusammen mit einem bevölkerungspolitischen Wissen erzeugt. Hiermit wird zu einem Wissen über die strukturelle Konfiguration, die Erfahrungshintergründe und die sozio-kulturelle Bedeutung territorialer und mentaler Ost-West-Grenzziehungen beigetragen, das in der Soziologie noch selten untersucht wird (vgl. aber Jureit 2012).

## Bibliographie

- Bade, Klaus J. 1984. Vom Auswanderungsland zum ›Arbeitseinfuhrland‹. Kontinentale Zuwanderung und Ausländerbeschäftigung in Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. In *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Bd. 2, Hrsg. Klaus J. Bade, 429–485. Ostfildern: Scripta-Mercaturae-Verlag.
- Blanke, Richard. 1981. *Prussian Poland in the German Empire (1871–1900)*. New York: Columbia University Press.



- Broszat, Martin. 1972. *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Burbank, Jane, und Frederick Cooper. 2010. *Empires in World History. Power and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Calhoun, Craig J., Frederick Cooper und Kevin W. Moore, Hrsg. 2006. *Lessons of Empire. Imperial Histories and American Power*. New York: New Press.
- Conrad, Sebastian. 2006. *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*. München: C.H. Beck.
- Conrad, Sebastian. 2014. Internal Colonialism in Germany. Culture Wars, Germanification of the Soil, and the Global Market Imaginary. In *German Colonialism in a Global Age*, Hrsg. Bradley Naranch und Geoff Eley, 246–264. Durham, London: Duke University Press.
- Conrad, Sebastian, und Jürgen Osterhammel, Hrsg. 2006. *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Cooper, Frederick. 2012. *Kolonialismus Denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*. Frankfurt am Main: Campus.
- Cooper, Frederick, und Ann Laura Stoler, Hrsg. 1997. *Tensions of Empire. Colonial Cultures in a Bourgeois World*. Berkeley: University of California Press.
- Davies, Norman. 2005. *God's Playground. A History of Poland in Two Volumes, 2 Bde*. New York: Columbia University Press.
- Dohse, Knuth. 1981. *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*. Königstein/Ts: Hain.
- Eddie, Scott M. 2008. *Landownership in Eastern Germany Before the Great War. A Quantitative Analysis*. New York: Oxford University Press.
- Eddie, Scott M. 2009. The Prussian Settlement Commission and Its Activities in the Land Market, 1886–1918. In *Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 through the Present*, Hrsg. Robert L. Nelson, 39–63. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Eley, Geoff. 2014. Empire by Land or Sea? Germany's Imperial Imaginary, 1840–1945. In *German Colonialism in a Global Age*, Hrsg. Bradley Naranch und Geoff Eley, 19–47. Durham, London: Duke University Press.
- Gosewinkel, Dieter. 2001. *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 150. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Herbert, Ulrich. 1986. *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. Saisonarbeiter – Zwangsarbeiter – Gastarbeiter*. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Hoerder, Dirk. 2012. Migration und Zugehörigkeiten. In *Weltmärkte und Weltkriege, 1870–1945*, Geschichte der Welt, Bd. 5, Hrsg. Emily S. Rosenberg, 433–588. München: C.H. Beck.
- Jones, Elizabeth B. 2004. Pre- and Postwar Generations of Rural Female Youth and the Future of the German Nation, 1871–1933. *Continuity and Change* 19:347–365.
- Jones, Elizabeth B. 2009. *Gender and Rural Modernity. Farm Women and the Politics of Labor in Germany, 1871–1933*. Farnham, Surrey: Ashgate.
- Jureit, Ulrike. 2012. *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kröger, Philipp. 2021. Die Grenzen des Vergleichs. Die statistische Vermessung der östlichen Grenzregionen des Kaiserreichs und die Unterschiede deutscher Herrschaft in Übersee und Europa. *Geschichte und Gesellschaft* 47:623–647.
- Kumar, Krishan. 2010. Nation-states as Empires, Empires as Nation-states. Two Principles, one Practice? *Theory and Society* 39:119–143.
- Leonhard, Jörn, und Ulrike von Hirschhausen. 2011. *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lerp, Dörte. 2010. Das Kaiserreich nationalisiert? Grenzziehungen und Kontrollsysteme in den östlichen Provinzen Preußens. In *Transnationalität, Transkulturalität, Translokalität, Transstaatlichkeit. Theoretische*

- und empirische Begriffsbestimmungen*, Hrsg., Melanie Hühn, Knut Petzold Dörte Lerp und Miriam Stock, 95–111. Berlin: Lit Verlag.
- Lerp, Dörte. 2013. Farmers to the Frontier. Settler Colonialism in the Eastern Prussian Provinces and German Southwest Africa. *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 41:567–583.
- Lerp, Dörte. 2016. *Imperiale Grenzräume. Bevölkerungspolitiken in Deutsch-Südwestafrika und den östlichen Provinzen Preußens 1884–1914*. Frankfurt am Main: Campus.
- Lerp, Dörte. 2021. Ruling Classes and Serving Races. German Policies on Land, Labor, and Migration in Trans-Imperial Perspektive. In *German and United States Colonialism in a Connected World: Entangled Empires*, Hrsg. Janne L. Lahti, 129–151. Cham: Springer International Publishing AG.
- Liulevicius, Vejas Gabriel. 2002. *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Liulevicius, Vejas Gabriel. 2006. Von Ober Ost nach Ostland? In *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, Hrsg. Gerhard P. Groß, 295–310. Paderborn: Schöningh.
- Nelson, Robert L., Hrsg. 2009. *Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Neubach, Helmut. 1967. *Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Nichtweiss, Johannes. 1959. *Die ausländische Saisonarbeit in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914*. Berlin: Rütten & Loening.
- Osterhammel, Jürgen. 2006. *Europe, the "West" and the Civilizing Mission*. London: German Historical Institute London Annual Lectures.
- Osterhammel, Jürgen. 2009. *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C.H. Beck.
- Petersson, Niels P. 2004. Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung. In *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Hrsg. Jürgen Osterhammel und Sebastian Conrad, 49–67. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rapier, Ralf. 2019. „There is no Country that has not passed through a Colonial Regime“. Zum Imperium als Grundbegriff historischer Soziologie. In *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, Hrsg. Nicole Burzan. [https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband\\_2018/issue/view/33](https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/issue/view/33) (Zugegriffen: 14. Februar 2023).
- Reinecke, Christiane. 2010. *Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Reinecke, Christiane. 2016. Staatliche Macht im Aufbau. Infrastrukturen der Kontrolle und die Ordnung der Migrationsverhältnisse im Kaiserreich. In *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Hrsg. Jochen Oltmer, 341–384. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Renard, Léa. 2021. Vergleichsverbot? Bevölkerungsstatistiken und die Frage der Vergleichbarkeit in den deutschen Kolonien (1885–1914). *Kölnische Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 73: 169–194.
- Renard, Léa. 2024 (in Vorbereitung). *The Statistical Construction of Otherness. Colonial, National and Migratory Classification Principles in France and Germany (1880–2010)*. Frankfurt am Main: Campus.
- Roller, Kathrin. 1994. *Frauenmigration und Ausländerpolitik im deutschen Kaiserreich. Polnische Arbeitsmigrantinnen in Preußen*. 2. Aufl. Berlin: Dieter Bertz Verlag.
- Sering, Max. 1893. *Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Somers, Margaret R. 1999. The Privatization of Citizenship. How to Unthink a Knowledge Culture. In *Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture*, Hrsg. Victoria E. Bonnell et al., 121–164. Berkeley: University of California Press.

- Steinmetz, George. 2007. *The Devil's Handwriting. Precoloniality and the German Colonial State in Quindao, Samoa, and Southwest Africa*. Chicago: University of Chicago Press.
- Steinmetz, George, Hrsg. 2013. *Sociology and Empire. The Imperial Entanglements of a Discipline*. Durham, NC: Duke University Press.
- Steinmetz, George. 2014a. The Sociology of Empires, Colonialism, and Postcolonialism. *Annual Review of Sociology* 40:77–103.
- Steinmetz, George. 2014b. Empires, Imperial States, and Colonial Societies. In *Concise Encyclopedia of Comparative Sociology*, Hrsg. Masamichi Sasaki, Jack Goldstone und Eckart Zimmermann, 58–74. Leiden: Koninklijke Brill NV.
- Stienen, Daniel Benedikt. 2021. Das Ansiedlungsdorf als nationaler Schmelztiegel? Regionale Binnendifferenzierungen eines ethnodemografischen Projekts um 1900. *Geschichte und Gesellschaft* 48(4):663–588.
- Stoler, Ann Laura, und Carole McGranahan. 2007. Introduction. Refiguring Imperial Terrains. In *Imperial Formations*, Hrsg. Ann Laura Stoler, Carole McGranahan und Peter Perdue, 3–42. Santa Fe: School for Advanced Research Press/Oxford: James Currey.
- Ther, Philipp. 2006. Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire. In *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Hrsg. Sebastian Conrad & Jürgen Osterhammel, 129–148. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Turkowska, Justyna Aniceta. 2021. Kolonisor:innen und Kolonisierte im Zwiegespräch „Koloniale Agitation“ in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches. *Geschichte und Gesellschaft* 48: 589–622.
- Verein für Socialpolitik. 1886. *Zur Inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Weber, Max. 1995[1895]. Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede. In *Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892–1899* (MWG I/4,2), Hrsg. Wolfgang J. Mommsen mit Rita Aldenhoff, 545–575. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Wehler, Hans-Ulrich. 2008. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914*, Bd. 3. München: C.H. Beck.
- Westerhoff, Christian. 2011. *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Zimmermann, Andrew. 2010. *Alabama in Africa. Booker T. Washington, the German Empire, and the Globalization of the New South*. Princeton: Princeton University Press.